

# THAILAND

## Gewerkschaftsmonitor

Oktober 2023

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Thailand ist eine konstitutionelle Monarchie, deren Transformation zur Demokratie seit Jahrzehnten durch Militärputsche und interne Machtkämpfe behindert wird. Durch die konservativen Grundwerte der herrschenden Eliten ist die Akzeptanz der Bevölkerung als Bürger\_innen eines modernen Staates mit Rechtsansprüchen und Partizipationsmöglichkeiten nur schwach etabliert. Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind von patriarchalen Denk- und Handlungsmustern geprägt. Liberale und progressive Kräfte, darunter Teile der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaftsbewegung, können die Politik in diesem Umfeld kaum mitgestalten.

Die Dauerkrise und die Militärputsche von 2006 und 2014 hatten große Auswirkungen auf die thailändische Gesellschaft. Die Spaltung in ein royalistisch-konservatives und ein liberal-demokratisches Lager sowie das Ringen um die politische Zukunft binden viel Aufmerksamkeit, auch bei den Gewerkschaften. Die arbeitsrechtliche und soziale Lage der Erwerbstätigen spielte selbst während der COVID-Pandemie nur eine geringe Rolle.

Bei den Parlamentswahlen am 14. Mai 2023 haben die beiden Oppositionsparteien, Move Forward Party (MFP) und Pheu Thai Party (PTP), die Wahlen zum Unterhaus mit großem Abstand gewonnen. Sie waren angetreten, die Koalition militärnaher Parteien um Premierminister Prayut Chan-o-cha abzulösen, die seit den Wahlen 2019 regierte. Das gute Abschneiden der Opposition nach neun Jahren militärischer Dominanz machte deutlich, dass die Bevölkerung das autoritäre politische System ablehnt und Demokratisierung und Reformen befürwortet. Eine Regierungsbildung der Oppositionsparteien ist jedoch gescheitert.

In der letzten Legislaturperiode war die MFP eine scharfe Kritikerin der Regierung und thematisierte unter anderem den hohen Militärhaushalt, die stagnierende Wirtschaftslage, die

erhebliche soziale Ungleichheit und die verheerenden Folgen der COVID-Pandemie. Sie solidarisierte sich mit der Jugendbewegung, die nach dem Verbot ihrer Vorgängerpartei Future Forward im Februar 2020 in monatelangen Straßenprotesten demokratische Reformen forderte, und kümmerte sich um die Anliegen der Bevölkerung in ländlichen Regionen sowie der Arbeitnehmer\_innen in den Industriezonen rund um Bangkok. Der MFP ist es damit gelungen, sich als dauerhafte politische Alternative in Thailands instabilem Parteiensystem zu etablieren. Die Integration von Gewerkschafter\_innen in die Partei und ein Programm mit Reformplänen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie zum Arbeits- und Sozialrecht drängen auch andere Parteien, zu diesen Themen Position zu beziehen.

Einige Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Netzwerke in Thailand organisierten in den letzten Jahren Kampagnen für den Ausbau der sozialen Sicherheitsnetze und das Selbstverständnis Thailands als Sozialstaat. Aufgrund der fehlenden Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen gelang es bisher nicht, das Thema als politische Priorität zu verankern. Forderungen zur Grundrente oder zur Reform der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts wurden den Parteien vor den Parlamentswahlen präsentiert. Einige versprachen die Erhöhung der Renten. Auch die Kampagne zur Einführung eines Kindergeldes, an der sich viele Frauen beteiligten, wurde von Vertreter\_innen der Regierung und mehreren Parteien positiv aufgenommen. Es ist jedoch offen, ob und wie diese Forderungen weiterverfolgt werden.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Thailands Entwicklungsmodell aus international finanzierter Industrialisierung, Exportfokussierung und Niedriglöhnen hat eine semi-industrialisierte Volkswirtschaft geschaffen, die tief in die globalen Wertschöpfungsketten integriert ist. Viele ausländische Unternehmen haben hier ihre regionale Geschäftsbasis. Inzwischen befindet sich die thailändische Volkswirtschaft jedoch in der *middle income trap*. Laut der Bank of Thailand betrug das BIP 2022 495,2 Milliarden US-Dollar. Damit ist

Thailand nach Indonesien die zweitstärkste Volkswirtschaft innerhalb der ASEAN und lag mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 7.089 US-Dollar regional an vierter Stelle. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind Maschinenbau und Elektronik, Fahrzeuge, Chemie, Baugewerbe, Nahrungsmittelindustrie und im Dienstleistungssektor der Tourismus, der laut Asian Development Bank rund 20 Prozent des BIP ausmacht und vor der Corona-Pandemie laut Regierung 40 Millionen Gäste erreichte.

Der Industriesektor gerät immer stärker unter Druck durch chinesische Hersteller mit höherer Arbeitsproduktivität. Um in der Wertschöpfungskette hinaufzuklettern, müsste das Land nach Schätzungen des World Investment Report 2022 der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) seine Auslandsinvestitionen verdoppeln (2021: 11,42 Milliarden US-Dollar). Dies könnte mit einer strategisch ausgerichteten und gut koordinierten Wirtschaftspolitik, großen Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen für die Beschäftigten, einer Bildungsreform, der Vorbereitung junger Menschen auf Digitalisierung und technologischen Wandel, einer besseren öffentlichen Infrastruktur sowie dem Abbau von Bürokratie und Korruption gelingen. Der von der Militärjunta 2016 verabschiedete Masterplan für die Wirtschaft Thailand 4.0 greift zwar einige dieser Punkte auf, konzentriert sich aber stark auf Megainfrastrukturprojekte im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BIR) sowie die Digitalisierung und Technologieentwicklung in einzelnen Wirtschaftssektoren. Die hohe Exportabhängigkeit Thailands (2022 laut Weltbank 58 Prozent des BIP) müsste mithilfe einer stärkeren Binnenkonsumnachfrage und der Zunahme von Handelspartnern verringert werden. Die wichtigsten Partner sind die USA, China, Japan und die EU. Mit der EU wurden 2023 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wieder aufgenommen.

Da Thailand von den Folgen des Klimawandels stark betroffen ist (Dürren, Überschwemmungen, Bodenabsenkung Bangkoks) und das Wirtschaftswachstum mit zu hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergeht, ist das positive Potenzial und die Dringlichkeit einer ökologischen Transformation erkannt worden. Die Regierung setzt deshalb in der Post-COVID-Zeit auf grünes Wachstum und hat ein entsprechendes Bio-Circular-Green-Modell für die Wirtschaft verabschiedet. Aktuell ist jedoch unklar, wie es in der Praxis umgesetzt werden soll.

Die jahrelangen politischen Krisen führten bereits vor der COVID-Pandemie zu einem Reformstau und langsamerem Wirtschaftswachstum (zwischen zwei und vier Prozent). Die Folgen der Pandemie waren dann verheerend: 2020 schrumpfte das BIP um 6,1 Prozent, geschätzte 8,3 Millionen Menschen verloren ihr Einkommen und waren von der staatlichen Sozialhilfe laut Weltbank häufig nicht ausreichend abgedeckt. Die Regierung nahm hohe Kredite auf, stellte Hilfspakete für die sozial schwache Bevölkerung zur Verfügung, setzte Bankschulden und Steuern aus und finanzierte Unterstützungsprogramme für gefährdete Unternehmen. Diese Maßnahmen unterstützen die Rückkehr zur Normalität, für 2023 wurde wieder ein Wachstum von 3,2 bis 3,4 Prozent prognostiziert. Dies ist vor allem auf die Erholung im Tourismus, Exporte und den gestiegenen privaten Verbrauch zurückzuführen, der durch die

Rückkehr vieler Beschäftigter in ihre Jobs und Maßnahmen der Regierung möglich war.

Die Industrie erholt sich jedoch langsamer als der Tourismus, und der Niedriglohnssektor ist häufig nicht mehr konkurrenzfähig mit denen der Nachbarländer. Regierung und Arbeitgeber sind deshalb kaum bereit, den täglichen Mindestlohn von derzeit 328–354 Baht (8,70–9,40 Euro) weiter zu erhöhen. Die letzte Erhöhung erfolgte nach jahrelanger Stagnation im Oktober 2022 und sollte die Folgen der Pandemie und der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten seit Beginn des Ukraine-Krieges mildern. Allerdings wurde der Mindestlohn im Oktober 2022 nur um fünf Prozent erhöht, obwohl die Inflationsrate im Mai 2022 bei 7,1 Prozent lag, dem höchsten Wert seit 24 Jahren. Für die prekär Beschäftigten im formellen Sektor und die fast 24 Millionen Beschäftigten in der informellen Wirtschaft (Lebensmittelverarbeitung, Einzelhandel, Verkehr, Kommunikation, Bauwesen), die rund die Hälfte des BIP erwirtschaften, ist die Entlastung damit marginal. Der Mindestlohn müsste auf 600 Baht steigen, um die wichtigsten Lebenshaltungskosten zu decken.

Die soziale Not und der Ausbau der sozialen Sicherheitsnetze sind die großen Herausforderungen für Thailands Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Programme früherer Regierungen, wie die allgemeine Krankenversicherung, werden von den konservativen Eliten als Populismus abgestempelt. Die Sozialversicherung, auf die nur ein Teil der Beschäftigten Anspruch hat, hilft zwar bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit, Mutterschaft, im Alter und im Todesfall, aber nur mit sehr geringen Beiträgen, sodass die Unterstützung durch familiäre Netzwerke weiterhin wesentlich bleibt. Informell Beschäftigte sind hingegen kaum in das System integriert.

Die Anzahl der Armen in Thailand ist auf geschätzte acht Millionen gestiegen; die Verschuldung privater Haushalte in Höhe von fast 90 Prozent des BIP war 2021 eine der höchsten in Südostasien. Frauen, die im informellen Sektor und in Dienstleistungsberufen überwiegen, sind einem höheren Armuts- und Verschuldungsrisiko ausgesetzt. Mit Blick auf die Einkommensungleichheit liegt Thailand mit Vietnam und Indonesien ungefähr auf einer Ebene, im Vergleich zu den ostasiatischen Ländern ist diese aber deutlich größer. In der Post-COVID-Zeit stehen alle Beschäftigten vor neuen Herausforderungen, während die alten weiterhin bestehen: hohe Lebenshaltungskosten, rascher technologischer Wandel, untypische Beschäftigungsformen, schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnde soziale Sicherung. Diese Rahmenbedingungen erschweren gewerkschaftliche Organisation und Interessenvertretung.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die fünfzehn thailändischen Dachverbände kommen trotz ihrer Rivalitäten im Rahmen der Mai-Kundgebungen zusammen, um eine bessere Arbeits- und Sozialpolitik einzufordern. Zu den wichtigsten Themen gehört seit 20 Jahren die Ratifizierung der ILO-Konventionen 87 und 98. Eine weitere Forderung ist die Einrichtung eines Fonds zur Entschädigung entlassener

Arbeitnehmer\_innen, wenn die im Arbeitsschutzgesetz vorgesehene Zahlung durch den Arbeitgeber verspätet ausgezahlt wird oder ausbleibt. Da die thailändische Gesellschaft immer älter wird und viele Arbeitnehmer\_innen in der Industrie kurz vor der Rente stehen, verlangen die Gewerkschaften die Erhöhung der Renten und Anspruch auf Krankenversicherung für Rentner\_innen, die normalerweise bei Renteneintritt ausläuft. All diese Forderungen stießen im Vorfeld der Parlamentswahlen im Mai 2023 jedoch auf wenig Resonanz und spielten in den Wahlkampfversprechen der Parteien keine Rolle.

Das Versammlungsgesetz von 2015, das zur Kontrolle politischer Kundgebungen dient, wurde in den vergangenen Jahren auch zur Kontrolle von Protesten und Streiks der Gewerkschaften eingesetzt. Die Zahl der Streiks ist seit Inkrafttreten des Gesetzes zurückgegangen: 2019, 2020 und 2021 wurden jeweils 73, 85 bzw. 65 Arbeitskonflikte registriert, die je 70.000, 56.000 bzw. 44.000 Arbeitnehmer\_innen betrafen. Dennoch wurden im gesamten Zeitraum nur drei Streiks mit jeweils schwacher Beteiligung organisiert. Auch der während der Pandemie verhängte Notstand und andere Restriktionen verhinderten gewerkschaftliche Kampagnen sowie die Mobilisierung größerer Kundgebungen.

Die Inflation und die gestiegenen Lebenshaltungskosten haben die ohnehin niedrige Lebensqualität vieler Arbeitnehmer\_innen zusätzlich verschlechtert. Insbesondere die hohen Strompreise sind nicht nur auf den Ukraine-Krieg, sondern auch auf die Preispolitik der Regierung und deren Verträge mit privaten Erzeugern zurückzuführen. Dies wurde in sozialen Medien und öffentlichen Foren intensiv diskutiert, sodass einige politische Parteien vor den Wahlen Preissenkungen versprachen. Die Gewerkschaften der staatlichen Unternehmen, insbesondere der Energiewirtschaft, setzen sich für Vertragsänderungen im Sinne der Verbraucher\_innen sowie grundsätzlich für den Privatisierungsstopp der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Die Solidarität der thailändischen Gewerkschaftsbewegung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ist schwach ausgeprägt. So unterstützten nur wenige Gewerkschaftsführer\_innen die demokratische Jugendbewegung, die eine Verfassungs- und Monarchieform sowie den Rücktritt des Premierministers forderte. Auch die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, von der LGBTQ+-Community vorangetrieben, oder Kampagnen gegen die Luft- und Wasserverschmutzung der Umwelt-NGOs fanden wenig Interesse aufseiten der Gewerkschaften. Grund dafür waren die oft unterschiedlichen politischen Positionen sowie die fehlende Weitsicht, gesellschaftliche Allianzen zu bilden. Gleichzeitig wurden die gewerkschaftlichen Anliegen auch von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen nur selten unterstützt.

Die Lage und Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften könnten sich nach den im Mai 2023 erfolgten Wahlen verändern. Die MFP hat eine Gewerkschaftsabteilung eingerichtet und ein arbeitsmarktpolitisches Programm entwickelt, an dem auch die Gewerkschaften beteiligt wurden. Drei Gewerkschaftsmitglieder wurden für die MFP ins Parlament gewählt.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN THAILAND – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Im Zuge der Etablierung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ab 1850 schufen angeworbene chinesische Arbeitskräfte die Basis für die spätere Entwicklung thailändischer Gewerkschaften. Die vorrangig männlichen Lohnarbeiter brachten im Gegensatz zu damals üblichen Leibeigenen eine eigene Organisationskultur mit und gründeten Geheimgesellschaften, die Mitgliedergebühren erhoben und Streiks organisierten. Diese wurden 1897 gesetzlich zur Registrierung verpflichtet. Dennoch wurde bis zum Ende der absoluten Monarchie 1932 keine chinesische Arbeiterorganisation gegründet. Im August 1932 wurde dann die Thai Tramways Association of Siam als erste staatlich anerkannte Arbeiterorganisation registriert. Anschließend war die Gewerkschaftsbewegung von vielen Formen des Arbeitskampfes geprägt und vertrat nicht nur Fabrikarbeiter\_innen, sondern auch Rikscha- und Lastenträger\_innen, Arbeitslose, Intellektuelle und Selbstständige.

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß die Association of United Workers eine große Mitgliederbasis und war über eine eigene politische Partei Teil der Regierung. Trotz des Staatsstreichs von 1947 blieben einige Gewerkschaften in den 1950er-Jahren mitgliederstark und setzten im Jahr 1956 die Verabschiedung des ersten Arbeitsgesetzes durch. Der Militärputsch von 1958 beendete diese positiven Entwicklungen. Die Arbeiter\_innenbewegung wurde verboten, viele Gewerkschafter\_innen landeten im Gefängnis und der prominenteste Gewerkschaftsführer wurde hingerichtet. Während der Diktatur und unter dem wachsenden Einfluss der USA entwickelte sich Thailand zu einer freien Marktwirtschaft. Arbeitsrechte wurden jedoch weiterhin beschnitten, um ein günstiges Klima für amerikanische und japanische Investor\_innen zu schaffen.

Im Zuge der Demokratisierung von 1972/1973 konnten sich die Gewerkschaften neu formieren. Der progressive Flügel der Bewegung stärkte auch die Interessenvertretung der Beschäftigten außerhalb der Fabriken und förderte Genossenschaften aus Arbeiter\_innen, Landwirt\_innen und Student\_innen. Währenddessen zielten Regierung und Arbeitgeber auf die Schwächung der Bewegung durch Restriktionen und Ausgrenzung. Der Labour Relations Act von 1975 engte den gewerkschaftlichen Spielraum ein und erlaubte nur fest angestellten Arbeitnehmer\_innen des formellen Sektors die Mitgliedschaft. Schrittweise wurden Gesetze verabschiedet, die einer großen Zahl von Beschäftigten die Vereinigungsfreiheit verwehrten. Nach dem Putsch von 1991 wurden die Beschäftigten der staatlichen Unternehmen von der Arbeiter\_innenbewegung isoliert. Auch heute muss sich die thailändische Gewerkschaftsbewegung in einem sehr restriktiven politischen Kontext behaupten und weist deshalb auch einen der niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade in Südostasien auf.

## GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaften in Thailand verstehen sich als zivilgesellschaftliche Akteure mit dem Anspruch, politische, ökonomische und soziale Entwicklungen mitzugestalten und sich zu aktuellen Themen und Zukunftsfragen zu positionieren. In der hierarchischen und von Patronage geprägten Gesellschaft solidarisieren sie sich bei Wahlen, wichtigen Entscheidungen und Konflikten meist mit einzelnen Führungspersonen in Politik und Zivilgesellschaft. Politiker\_innen wechseln häufig die Parteien, sodass sich die parteipolitische Präferenz einer Gewerkschaft ebenfalls ändern kann. Nicht selten führen diese Wechsel zu innergewerkschaftlichen Konflikten, da ein Teil der Mitglieder die traditionelle Gefolgsbereitschaft kritisch sieht.

Angesichts der gewerkschaftsfeindlichen Kultur ist die Gewerkschaftslandschaft schwach und zersplittert. Der Widerstand von Arbeitgebern, restriktive Gesetze, administrative Hürden und die geringe Achtung der Rechte von Arbeitnehmer\_innen haben einen äußerst geringen Organisationsgrad zur Folge. Nach Schätzungen sind nur 1,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung (ca. 40 Millionen von insgesamt 71,8 Millionen Einwohner\_innen) bzw. 3,5 Prozent der Beschäftigten in der formellen Wirtschaft (16–20 Millionen) Mitglied einer Gewerkschaft. Aufgrund unterschiedlicher Interpretationen veröffentlichen Behörden und NGOs abweichende Arbeitsmarkt- und Sozialdaten. Viele Daten werden nicht erfasst oder sind nur durch umfangreiche Recherchen zu erhalten.

Die Beschäftigten der Staatsunternehmen sind in 45 Gewerkschaften organisiert (Transport, Infrastruktur, Strom, Wasser, Banken etc.) und haben rund 143.000 Mitglieder, fast 90 Prozent davon im Großraum Bangkok. Im Privatsektor existieren 1.423 Betriebs- und Sektorgewerkschaften mit rund 408.000 Mitgliedern. Am stärksten organisiert sind hier die Beschäftigten der Automobilwirtschaft, Elektronik-, Textil- und Gummiindustrie. Da sich die Betriebe überwiegend im Großraum Bangkok, umliegenden Provinzen und der angrenzenden östlichen Wirtschaftszone befinden, sind die Gewerkschaften hier präsent. Im strukturschwachen Norden und Osten finden sich hingegen nur kleinere Betriebe und kaum Gewerkschaften. Ein Teil der Betriebs- und Sektorgewerkschaften ist in 21 Branchenverbänden zusammengeschlossen. Auf nationaler Ebene existieren sechzehn Dachverbände. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften werden aus Gründen des Selbstschutzes oder aus finanziellen Interessen oft nicht veröffentlicht. Die erhältlichen Zahlen zeigen jedoch eine jahrelange Stagnation. Seit der Corona-Pandemie nehmen die Mitgliederzahlen auch in starken Verbänden ab.

Die staatlich registrierten Dachverbände und deren Mitgliedsgewerkschaften sind in zwei Lager geteilt. Im ersten finden sich unter anderem die drei Mitglieder der International Trade Union Confederation (ITUC): Labour Congress of Thailand (LCT, mutmaßlich der größte Verband), der Thai Trade Union Congress (TTUC) und der National Congress of Private Industrial Employees (NCPE). Eigenen Aussagen zufolge ist dieses Lager gewerkschaftspolitisch nicht aktiv. Das zweite Lager bilden die etwas aktiveren Dachverbände, die jedoch keine Mitglieder des ITUC sind. Von größerer Bedeutung sind hier

die Confederation of Thai Labour (CTL) und der Automobile Labour Congress of Thailand (ALCT).

Neben diesen beiden Gruppen gibt es zwei nicht registrierte Dachverbände, die enge Verbündete sind: die State Enterprise Workers' Relations Confederation (SERC) und das Thai Labour Solidarity Committee (TLSC). Die Mitglieder von SERC sind überwiegend Gewerkschaften der Staatsunternehmen, einige kommen auch aus dem Privatsektor. SERC ist ITUC-Mitglied, der mitgliederstärkste Dachverband in Thailand und eine tragende Säule der thailändischen Gewerkschaftsbewegung. TLSC vereint Gewerkschaften des Privatsektors mit gewerkschaftlichen Netzwerken von Arbeitsmigrant\_innen und informell Beschäftigten. Diese zwei Dachverbände engagieren sich gewerkschaftspolitisch stärker als die registrierten Verbände.

## ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Im Global Rights Index des ITUC von 2023 wird Thailand als Land ohne garantierte Rechte eingestuft (Note 5-). Dies ist die Folge systematischer Rechtsverletzungen und der mangelnden Durchsetzung von Arbeitsnormen.

Die Grundlage für alle Gesetze ist die vom Militär verabschiedete Verfassung von 2017. Sie gewährt jeder Person Vereinigungsfreiheit, die jedoch im öffentlichen Interesse oder zur Aufrechterhaltung der »guten Moral« eingeschränkt werden kann. Da die genannten Tatbestände nicht näher definiert sind, ist die Vereinigungsfreiheit de facto eingeschränkt und unerwünschte Vereine und Gewerkschaften können jederzeit verboten werden.

Es gibt zwei Gewerkschaftsgesetze, eines für Beschäftigte im Privatsektor (Labour Relations Act, 1975) und eines für Arbeitnehmer\_innen in staatlichen Unternehmen (State Enterprise Labour Relations Act, 2000). Beschäftigte in Staatsunternehmen dürfen nicht streiken oder sich mit Gewerkschaften des Privatsektors zusammenschließen. Beamt\_innen und Regierungsangestellte sowie Beschäftigte in der Landwirtschaft und im informellen Sektor dürfen keine Gewerkschaften gründen oder ihnen beitreten. 70 Prozent der privatwirtschaftlichen Betriebe beschäftigen weniger als zehn Personen, die zur Gewerkschaftsgründung notwendig sind. Damit ist ein Großteil der Beschäftigten in Thailand gesetzlich von der Interessenvertretung ausgeschlossen. Die Gründung einer Gewerkschaft erfordert zudem die thailändische Staatsbürgerschaft und muss beim Arbeitsministerium beantragt werden.

In der Privatwirtschaft sind zwei Arten von Gewerkschaften zugelassen: Betriebs- und Sektorgewerkschaften. Eine gemeinsame Interessenvertretung in deren 21 Branchenverbänden (mindestens zwei Mitglieder) ist nicht möglich, da die Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite fehlen. Hier werden lediglich Informationsaustausch und Bildungsveranstaltungen organisiert. Auch die sechzehn nationalen Dachverbände (mindestens 15 Mitglieder) haben den Auftrag, gewerkschaftliche Bildung und »gute Beziehungen« zu den Arbeitgebern zu fördern.

Tabelle 1:  
**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Thailand**

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Labour Congress of Thailand (LCT)	Chinachote Sangsung	78.000	International Trade Union Confederation (ITUC)
Thai Trade Union Congress (TTUC)	Tawee Techateerawat	35.000	ITUC
National Congress of Private Industrial Employees (NCPE)	Tawee Deeying	20.000	ITUC
Automobile Labour Congress of Thailand (ALCT)	Tanattha Kammawong	75.000	–
Confederation of Thai Labour (CTL)	Manas Kosol	80.000	–
State Enterprises Workers' Relations Confederation (SERC)	Manop Kuerat	123.050	ITUC
Thai Labour Solidarity Committee (TLSC)	Sawit Kaewvarn	117.400	–

Tabelle 2:  
**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Thailand**

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Thai Confederation of Electronic, Electrical Appliances, Auto and Metal Workers (TEAM)	TLSC	Larey Youpensuk	75.300	IndustriAll
State Railway Workers' Union of Thailand (SRUT)	SERC	Sarawut Saranwong	9.545	International Transport Federation (ITF)

Laut Arbeitsrecht dürfen Arbeitgeber die Beschäftigten nicht daran hindern, Gewerkschaften beizutreten oder Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. De facto ist jedoch die Praxis des *union busting* weit verbreitet, bei dem innerhalb von Unternehmen systematisch gegen gewerkschaftliche Interessenvertretungen vorgegangen wird. Zudem sind zahlreiche legale und administrative Hürden im Sinne der Arbeitgeber gestaltet und die Schutzmaßnahmen der Behörden bei Gewerkschaftsgründungen unzureichend. Eine Gewerkschaft zu gründen oder ihr beizutreten, führt häufig zu Entlassungen. Entsprechend groß ist die Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Im Jahr 2015 reichte IndustriALL bei der ILO achtzehn Fälle von Gewerkschaftserschlagung in Thailand ein. Thailändische Großunternehmen überhäufen Beschäftigte und deren Unterstützer\_innen mit strategischen und strafrechtlichen Verleumdungsklagen.

Zwangsarbeit, Kinderarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen sind zwar verboten, in der Praxis in isolierten Branchen wie Fischerei, Bauwesen und Landwirtschaft jedoch weit verbreitet. Sie treffen überwiegend Arbeitsmigrant\_innen aus Nachbarländern. Die Situation der Fischereiarbeiter\_innen ist so prekär, dass die EU-Kommission Thailand 2015 wegen Praktiken moderner Sklaverei auf Basis der EU-Verordnung zur illegalen und unregulierten Fischerei (IUU-Verordnung) eine formelle Verwarnung (»gelbe Karte«) ausgestellt hat. Daraufhin wurden 2019 die ILO-Konvention 188 über die Arbeit im Fischereisektor ratifiziert, die rechtlichen Bedingungen umfassend

überarbeitet und die Kontrollen im Fischereisektor intensiviert, sodass die »gelbe Karte« aufgehoben wurde. Dennoch bleiben die Arbeitsbedingungen für viele Fischereiarbeiter\_innen menschenunwürdig. Für Beschäftigte in der Landwirtschaft und im Bausektor gab es zudem vergleichbar wenig internationale Aufmerksamkeit.

Thailand, ein Gründungsmitglied der ILO, hat bisher 19 ILO-Konventionen ratifiziert, darunter sieben der zehn Kernarbeitsnormen. Die ILO-Konventionen 155 zum Arbeitsschutz sowie die Übereinkommen 87 und 98 zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen sind nicht ratifiziert, obwohl die Gewerkschaften seit mehr als 20 Jahren darum kämpfen und die ILO sowie Menschenrechtsorganisationen die thailändische Regierung vielfach dazu aufgefordert haben. Thailand hat die Ratifizierung mehrfach angekündigt, ohne hierfür jedoch eine Roadmap oder einen konkreten Zeitplan vorzulegen.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft ist äußerst schwach. Zum einen ist von den über 1.400 Gewerkschaften ein Großteil nicht aktiv, zum anderen werden Gewerkschaften oft nur gegründet, um den Gewerkschaftsführer\_innen der Dachverbände Sitze in den tripartiten Gremien des Arbeitsministeriums zu sichern. Da die Aussicht

auf eine erfolgreiche Kandidatur von der Anzahl der unterstützenden Gewerkschaften abhängt (eine Gewerkschaft, eine Stimme), ist die Gründung vieler kleiner Gewerkschaften von Vorteil. Die geringen und teilweise freiwilligen Mitgliedsgebühren bilden eine sehr schwache finanzielle Basis, sodass gewerkschaftliche Aktivitäten kaum finanziert werden können. Gleichzeitig fühlen sich die Gewerkschaftsmitglieder aufgrund der fehlenden Partizipationsmöglichkeiten oft nicht zugehörig und zeigen wenig Interesse an den Aktivitäten. All dies führt insgesamt zu einer schwachen Interessenvertretung.

In den tripartiten Ausschüssen auf nationaler Ebene findet lediglich die Beratung und Koordinierung zu Themen wie Arbeitsbeziehungen, soziale Sicherheit und Mindestlöhnen statt. Die Gewerkschaftsvertreter\_innen sind oft in einer schwächeren Position als die Arbeitgeber- und Regierungsseite, die sowohl die Themen setzt als auch Politikentscheidungen meist in ihrem Sinne trifft.

Verhandlungen zu Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen finden normalerweise einmal im Jahr und ausschließlich auf Betriebsebene statt, sodass kollektive Tarifabschlüsse für Sektorgewerkschaften nicht möglich sind. Die Abschlüsse bleiben in der Regel hinter den Erwartungen der Beschäftigten zurück. So wurden die Löhne in der Automobilindustrie 2023 im Schnitt um vier Prozent erhöht, während die Inflationsrate bei 6,1 Prozent lag. Nach Abschluss der Tarifverträge müssen die Gewerkschaften diese beim Arbeitsministerium anmelden. In den Jahren 2019, 2020 und 2021 wurden jeweils 424, 396 bzw. 397 Verträge registriert – damit haben rund 1.000 Gewerkschaften keine Verträge abgeschlossen, sodass die Mehrheit der Beschäftigten in der Privatwirtschaft nicht von Tarifverträgen abgedeckt ist. Auch die zunehmende Leiharbeit sowie andere atypische und prekäre Beschäftigungsformen schwächen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Einige setzen sich inzwischen für Leiharbeiter\_innen ein und fordern die Begrenzung ihrer Anzahl, die Entfristung der Verträge sowie eine Reform des Arbeitsrechts im Sinne der Gleichbehandlung.

Die Gewerkschaften im Privatsektor sind männlich dominiert, Frauen in gewerkschaftlichen Gremien hingegen kaum vertreten. Entsprechend selten spielen die Interessen von Arbeitnehmerinnen eine Rolle. Die Dachverbände SERC und TLSC sowie HomeNet für den informellen Sektor haben geschlechterspezifische Interessen auf ihrer Agenda. Bei jährlichen Kundgebungen zum internationalen Frauentag werden regelmäßig die Ratifizierung der Konventionen C 177 (Heimarbeit), C 189 (Hausarbeit), C 183 (Mutterschutz) und C 190 (Gewalt und sexuelle Belästigung) gefordert, bisher mit wenig Resonanz.

Beschäftigte des informellen Sektors und Arbeitsmigrant\_innen (Landwirtschaft, Baugewerbe, Straßenverkauf, Haus- und Heimarbeit, Lieferdienste) dürfen keine Gewerkschaften gründen und organisieren sich daher in Netzwerken und Vereinen. Einflussreich sind hier die Migrant Working Group (Netzwerk aus 22 NGOs) und HomeNet Thailand (über 10.000 Mitglieder). Sie werden vom Arbeitsministerium regelmäßig zu politischen Beratungen eingeladen.

2022 gründeten Aktivist\_innen aus der Jugend- und Demokratiebewegung eine für alle Erwerbstätigen offene Gewerkschaft, die Workers' Union (WU). Die WU hat aufgrund einer engagierten und strategischen Organisationskampagne aktuell etwa 2.300 Mitglieder aus dem formellen und informellen Sektor. Sie kommen aus Industrie und Baugewerbe, Plattformdiensten, Heim- und Sexarbeit, aber auch aus Schulen und Universitäten, Krankenhäusern, kreativen Berufen und Anwaltskanzleien. Die WU setzt sich politisch für Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Als Folge der Transformationskrisen und gewaltsamen innenpolitischen Konflikte der letzten zwei Jahrzehnte sind die thailändischen Gewerkschaften tief gespalten. Im Vorfeld des Militärputsches von 2014 fanden sich Teile der Gewerkschaftsbewegung auf unterschiedlichen Seiten des sogenannten »Rot-Gelb-Konfliktes« wieder, wobei einige für den Umsturz der gewählten Regierung warben und fester Bestandteil der reaktionären Allianz von Royalist\_innen, Militärs und Nationalist\_innen (»Gelbhemden«) waren. Geleitet von einer vereinfachten Kapitalismuskritik hofften sie, eigene Themen auf die nationale Agenda setzen zu können. Doch die Erwartungen zum Privatisierungsstopp von Staatsunternehmen und dem Ausbau sozialer Sicherung wurden nicht erfüllt. Viele Gewerkschaften haben ihre Positionen seitdem revidiert. Dennoch bleibt die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Lagern aufgrund dieser Ereignisse äußerst schwierig. Allenfalls bei Forderungen zur Erhöhung des Mindestlohns oder zur Erweiterung der sozialen Sicherung kommt es zum Austausch und zu gemeinsamen Aktionen. Zusätzliche Rivalität zwischen den beiden Lagern entsteht durch den ungleichen Zugang zu staatlichen Fördergeldern und zu Beratungsgremien der Regierung.

Einige Gewerkschaften haben ihren politischen Einfluss seit den Wahlen 2019 deutlich verbessert. Für die MFP sind mehrere ehemalige Gewerkschafter\_innen in das Parlament eingezogen und haben über die gesamte Legislaturperiode hinweg gewerkschaftliche Interessen des formellen und informellen Sektors vertreten; die MFP hatte den Vorsitz des Arbeitsausschusses. Die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Reform der Arbeitsgesetze konnte – im Gegensatz zum Reformentwurf der Regierung – vor Ende der Legislaturperiode nicht abschließend beraten werden. Dennoch hat diese Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegung insgesamt Sichtbarkeit verschafft und ihre Fähigkeit, Politikentscheidungen und Gesetzgebung mitzubestimmen gestärkt. Es ist davon auszugehen, dass einige kleinere Gewerkschaften und gewerkschaftliche Netzwerke zum Wahlerfolg der MFP im Mai 2023 beigetragen haben. Der MFP-nahe Kandidat des ALCT sowie der frühere Vorsitzende der Thai Summit Union gewannen beide Mandate. Auch aus der Textile, Garment and Leather Workers' Federation of Thailand (TWFT) – einem der 21 Industrieverbände – zogen zwei Gewerkschaftsführer über die MFP-Parteiliste ins Parlament ein. Andere Gewerkschaften versuchen seit Jahren, sich über kleinere, von Gewerkschaftsführer\_innen gegründete Parteien

parlamentarischen Einfluss zu sichern, hatten aber mit dieser Strategie bisher keinen Erfolg.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung zur Gestaltung der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik ist wegen der restriktiven Gesetze, ihrer Fragmentierung und organisatorischen Schwäche marginal. Lediglich dem Dachverband der Automobilindustrie gelingt es, Mitglieder zu mobilisieren und mit Arbeitgebern und Regierung den Dialog im Sinne einer *Just Transition* zu führen, da durch die Umstellung auf Elektromobilität in den kommenden Jahren ein Drittel der Arbeitsplätze gefährdet ist und Hunderttausende niedrig qualifizierte Arbeiter\_innen fürchten, in der informellen Wirtschaft zu landen. Die Forderungen betreffen daher den Zugang zu Informationen, Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen, faire finanzielle Entschädigungen bei Jobverlust und verstärkten Sozialdialog.

Die verheerenden Folgen der COVID-Pandemie im informellen Sektor hatten zahlreiche Lobbying-Maßnahmen der Betroffenen zur Folge. HomeNet erreichte für die Haus- und Heimarbeitsbranche, in der überwiegend Frauen tätig sind, einige soziale Schutz- und finanzielle Entlastungsmaßnahmen der Regierung. Auch Plattformbeschäftigte vertraten ihre Interessen in den letzten Jahren intensiv. Lieferfahrer\_innen protestieren gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und versuchen, mit Plattformen wie Grab zu verhandeln. Durch regelmäßige Kampagnen, die Allianzbildung mit Politiker\_innen und Öffentlichkeitsarbeit gelangten ihre Themen auf die politische Agenda. Als Resultat arbeitet die Regierung derzeit an einem Arbeitsschutzgesetz für informell Beschäftigte.

Die in den antikommunistischen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geprägte Erzählung über Gewerkschaften als potenzielle Staatsfeinde und nationales Sicherheitsrisiko ist beim konservativen Establishment tief verankert und hat zu einem negativen öffentlichen Image geführt. In den letzten Jahren nimmt jedoch die positive Medienberichterstattung über Arbeitsfragen und aktive Gewerkschaften zu. Gewerkschaften, die sich für informell Beschäftigte öffnen und proaktiv Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen aufbauen (Jugend, Frauen, LGBTQ+, lokale Gemeinschaften), konnten ihre Akzeptanz stärken und die potenzielle Rolle starker Gewerkschaften für Thailands Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen. Dennoch ist ein Großteil der urbanen Mittelschichten über Gewerkschaften wenig informiert oder desinteressiert. Das von der FES mitgegründete Thai Labour Museum, das einzige Arbeitsmuseum in Südostasien, verzeichnet zwar wachsende Besucherzahlen und dient inzwischen als Trainings- und Informationszentrum für alle Gewerkschaften, hat aber aufgrund der geringen finanziellen und personellen Ressourcen nicht die Kapazitäten, größere Imagekampagnen durchzuführen.

Aufgrund der sprachlichen Barrieren ist ein Großteil der thailändischen Gewerkschaften kaum mit internationalen Gewerkschaften vernetzt. Englischkenntnisse sind selten, sodass der Zugang zu Informationen und die Fähigkeit, internationale Solidarität zu mobilisieren, stark eingeschränkt ist. Einige Branchenverbände, die regelmäßig Aktivitäten organisieren,

sind Mitglieder der globalen Gewerkschaftsverbände (ITF, IndustriALL, BWI) und werden von diesen finanziell und inhaltlich unterstützt. Die über Jahrzehnte enge Kooperation hat unter anderem Verbände wie die Thai Confederation of Electronic, Electrical Appliances, Auto and Metal Workers (TEAM) deutlich gestärkt.

Die größten Herausforderungen für die thailändischen Gewerkschaften liegen, neben ihrer Unfreiheit und arbeitsrechtlich prekären Lage, in den großen Veränderungen der Arbeitswelt: Digitalisierung, technologischer, klimatischer und demografischer Wandel. Es wäre dringend notwendig, dass die Gewerkschaften an der Gestaltung einer neuen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mitwirken können, um den Beschäftigten im formellen wie im informellen Sektor faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Zugang zu Weiterbildung und Umschulung sowie ein inklusiveres soziales Sicherungssystem zu sichern. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen reichen die Ressourcen der meisten Gewerkschaften jedoch nicht aus, um hier eine aktivere Rolle einzunehmen.

**Vesna Rodić**, Landesvertreterin, FES Thailand

**Preeeda Sirisawat**, wissenschaftliche Mitarbeiterin, FES Thailand

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Anja Bodenmüller-Raeder,  
Referentin für Gewerkschaftsarbeit in Asien,  
[Anja.Bodenmueller-Raeder@fes.de](mailto:Anja.Bodenmueller-Raeder@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.